



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Rene Dierkes, Dieter Arnold** und **Fraktion (AfD)**

### **Möglichen US-Truppenabbau zur Stärkung der eigenen Verteidigungsfähigkeit nutzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag nimmt die Ankündigung der US-Regierung zur Kenntnis, ihre Truppenstärke in Deutschland und womöglich an Standorten in Bayern/Oberpfalz zu reduzieren, respektiert aber zugleich die autonome Entscheidung.

Der Landtag erkennt an, dass die Verteidigung Deutschlands und Bayerns auch im Rahmen der NATO immer zuerst eine Verantwortung Deutschlands und Bayerns ist und nicht auf Dauer anderen Staaten aufgebürdet werden kann.

Der Landtag setzt sich dafür ein, dass jede mögliche Reduzierung der US-Truppenstärke in Bayern durch erhöhte Anstrengungen zum Aufwuchs der Bundeswehr kompensiert werden und die hervorragende Infrastruktur der betroffenen Standorte zu diesem Zweck weiter genutzt, ausgebaut und entwickelt wird, um die Wirtschaftskraft und die Arbeitsplätze zu erhalten und weiter zu stärken. Der Bundeswehr sollen dadurch modernste Trainings- und Übungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden, um die Landesverteidigung zukünftig eigenständig als souveräner Staat leisten zu können.

### **Begründung:**

Der von US-Präsident Donald Trump angekündigte Abbau von US-Truppen in Deutschland um 5 000 oder mehr Soldaten sollte zunächst einmal als das genommen werden, was er ist: eine nicht näher spezifizierte Ankündigung. Ähnliche Ankündigungen, die dann aber folgenlos blieben, gab es bereits in Präsident Trumps erster Amtszeit. Sollte die Ankündigung tatsächlich in dieser oder in einer anderen oder einer reduzierten Dimension umgesetzt werden, würde dies nicht automatisch zu einer Schwächung der NATO-Verteidigungsfähigkeit in Europa führen, sofern die Soldaten lediglich in einen anderen europäischen NATO-Mitgliedstaat verlagert werden. Gute transatlantische Beziehungen liegen der AfD nachweislich am Herzen, sie erfordern aber den nötigen Respekt vor den Entscheidungen der Partner. Kein respektvolles Verhalten ist es, von den Vereinigten Staaten die Verantwortung für Aufgaben einzufordern, die in Deutschland und Bayern systematisch viel zu lange vernachlässigt worden sind.

Eine mögliche Reduzierung der US-Truppenstärke in Deutschland und Bayern sollte daher in erster Linie als Chance begriffen und genutzt werden, vergangene Versäumnisse aufzuarbeiten und so auch Souveränität zurückzugewinnen. Die hervorragende Infrastruktur und Ausstattung der womöglich betroffenen US-Standorte in Bayern sowie die hohe Kompetenz und Einsatzbereitschaft der dort bislang beschäftigten deutschen Zivilangestellten bieten optimale Voraussetzungen für den Aufwuchs der Bundeswehr an diesen Standorten. Dazu müssten die betroffenen Liegenschaften perspektivisch in Bundes- oder Landeseigentum überführt werden. Die sich mit einem möglichen US-Truppenabzug ergebenden Aussichten geben mithin keinen Anlass zu Alarmismus oder

Panikmache, sondern können nach dem im Juli 2024 vom Landtag beschlossenen Gesetz zur Förderung der Bundeswehr in Bayern ein nächster Schritt zur Stärkung der eigenen Verteidigungsfähigkeit sein.